

13. 2. 1968

3 Ex.

13.2.1968

A k t e n n o t i z

Über das Gespräch des Genossen Walter Ulbricht
mit Genossen Botschafter Abrassimow am 13. 2. 1968

Genosse Abrassimow informierte darüber, daß das ZK der KPdSU ein Schreiben des ZK der RKP erhalten habe, in dem vorgeschlagen wird, den Politischen Beratenden Ausschuß des Warschauer Vertrages einzuberufen, um die Bemerkungen Rumäniens zum Entwurf des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu behandeln.

Das ZK der KPdSU beantwortete dieses Schreiben in folgendem Sinne: Was das Wesen des Vorschlags des ZK der RKP anbetrifft, so ist das ZK der KPdSU im Prinzip einverstanden, im Politischen Beratenden Ausschuß eine Konsultation über den Entwurf des Atomwaffensperrvertrages durchzuführen. Was den Zeitpunkt der Einberufung angeht, wies das ZK der KPdSU darauf hin, daß im Februar in Budapest das Konsultativtreffen stattfindet, gleichzeitig finden in der Sowjetunion Regions- und Gebietskonferenzen der Partei statt an denen Mitglieder des Politbüros teilnehmen, außerdem stehen die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Sowjetarmee und der Gewerkschaftskongreß in Moskau bevor, und im März ist ein Plenum des ZK der KPdSU vorgesehen. Deshalb wäre der günstigste Zeitpunkt für die Einberufung des Politischen Beratenden Ausschusses Mitte bzw. zweite Hälfte März. Nützlich wäre es, inzwischen ein Treffen der Stellvertretenden Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages durchzuführen. Das könnte, wenn die Mitgliedstaaten einverstanden sind, im Februar geschehen.

Wenn sich alle Mitgliedstaaten für die Einberufung des Politischen Beratenden Ausschusses aussprechen, wäre es zweckmäßig, außerdem das Vietnamproblem zu behandeln, und zwar unter Berücksichtigung

sichtigung der jüngsten Ereignisse. Dabei könnte eventuell eine Deklaration bzw. eine Erklärung zugunsten Vietnams angenommen werden in der die Handlungen der USA verurteilt werden.

Ferner könnte über die Bildung eines Stabes und eines Militär-Rates des Warschauer Vertrags beraten werden. Diese Frage sei in Bukarest angeschnitten, aber nicht abgeschlossen worden.

Die KPdSU sei mit Sofia als Einberufungsort einverstanden, da dies auch der Ordnung entspricht, den Politischen Beratenden Ausschuss in den Hauptstädten der Mitgliedsländer einzuberufen, vorausgesetzt, daß die bulgarischen Genossen ihr Einverständnis geben.

In dem Brief wird die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß nunmehr im 13-Staaten-Ausschuß der volle Text des Vertragsentwurfs vorliegt. Vorher sei zwischen den Mitgliedern des Warschauer Vertrages in Konsultationen die Vereinbarung erzielt worden über das Einbringen des neuen Textes. Dabei hätte Rumänien keine Einwände vorgebracht. In dem Brief des ZK der RKP vom 31. 1. wurde die Notwendigkeit unterstrichen, daß zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages Konsultationen durchgeführt werden, bevor sich einer ihrer Vertreter in Genf zu dem Vertragsentwurf äußert. Aber am 6. Februar sei der rumänische Vertreter in Genf mit scharfen Angriffen gegen den vorliegenden Entwurf aufgetreten. Das stehe in krassen Widerspruch zu den in dem rumänischen Brief enthaltenen Gedanken, die auch in dem rumänisch-italienischen Kommuniqué ihren Niederschlag gefunden haben.

Abschließend informierte Gen. Abrassimow, daß Gen. Ponomarjow aus Korea zurückgekehrt sei. Er habe gute Gespräche mit Kim Ir Sen geführt. Im Protokoll werde auch gesagt, daß Kim Ir Sen Verständnis gezeigt habe, daß die Lage nicht bis zu einem militärischen Konflikt verschärft werden dürfe. Praktische Maßnahmen seien aber noch nicht

eingeleitet worden (etwa die Freilassung der Besatzung des Spionageschiffes). Darüber wolle die koreanische Führung noch beraten und dann die Sowjetunion in Kenntnis setzen.